

abgehalten am M o n t a g , den 11. Mai 1931.

Gegenwärtig:

I. Vorsitzender:

Oberbürgermeister M a y e r ;

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Loibl

~~Burghart~~

Dr. Gromer

~~Prändl~~

Bunk

Schedl

~~Heiß~~

Hees

Wunsch

Hambel

Forster

Mohr

de Crignis

~~Meyr~~

Hartmann

~~Wink~~

Rathgeber

Nebelmaier.

3. Verwaltungsinspektor W i t t m a n n.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibits	Referent	Gegenstand

eine Wegbreite von mindestens 6,20 m sich ergibt, wenn noch 1 m von der Böschung des Basteiberger auf die Länge des Zaunes abgetragen wird. Der Zaun muss daher an der engsten Stelle des Weges um mindestens 1,00 m, am westlichen Ende um mindestens 0,60 m und zwischen dem westlichen Zaunende und der engsten Wegstelle um mindestens 0,80 m zurückgesetzt werden.- Der übrige Zaun ist um mindestens 0,50 m zurückzusetzen.- Die Zaunlinie wird vom Stadtbauamt ausgesteckt. Der neue Zaun ist dem Wege anzupassen unter Vermeidung unnötiger Krümmungen.

Die Abgrabung des Erdreiches am Basteiberge übernimmt Herr Schabacker unentgeltlich, ebenso die Auffüllung der zum Wege fallenden Fläche der genannten Grundstücke.

Die Abgrabung des Weges am Basteiberge darf nur nach näherer Anordnung des Stadtbauamtes erfolgen.

III. Herrn Schabacker wird in stets widerruflicher Weise und ohne alle Verbindlichkeiten erlaubt:

a) dass er seinen Stadel auf Plan-Nr.1211 a stehen lässt bis der

Stadtrat die Entfernung verlangt, die dann sofort durchzuführen ist;

b) dass er das Gras von seinem abgetretenen Grundstück Plan-Nr.1211 b vom Stadel an bis zum Feldweg unentgeltlich abmäht und

c) die städtische Fläche vor seinem Stadel unentgeltlich benützt und von dieser das Gras abmäht.

IV. Die Vermessungs-, Vermarktungs- und Verbriefungskosten hat Herr Schabacker zu übernehmen.

V. Der Stadtratsvorstand bzw. sein Stellvertreter wird zur notariellen Verbriefung des Vertrages sowie zur Abgabe von Erklärungen jeder Art ermächtigt.

VI. Sollte Herr Schabacker mit vorstehenden Bedingungen nicht einverstanden sein, so wird seitens der Stadt endgültig auf weitere Tauschverhandlungen verzichtet und hat es bei den derzeitigen Verhältnissen sein Verbleiben.

Neuburg a.d.Donau, den 11.Mai 1931.
Stadtrat: gez. Mayer.

Nr.	Gegenstand	Beschluss

Begl.Abschrift.

Satzung

über die Erhebung einer Kurabgabe in der Stadt Neuburg a.d.Donau.

Der Stadtrat Neuburg a.d.Donau erlässt durch Beschluss vom 11.Mai 1931 auf Grund Art.44 GO. und Art.179 des Kostengesetzes vom 16.II. 1921 nachstehende, mit Entschliessung des Staatsministeriums des Innern vom 1931 Nr. genehmigte

Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe für die Stadt Neuburg a.d.Donau.

§ 1.

Fremde, die sich in Neuburg a.d.Donau nicht lediglich zu Berufszwecken aufhalten, haben als örtliche Abgabe eine Kurabgabe zu entrichten.-

Diese beträgt:

- 1.für eine einzelne Person u.für den Tag 30 Rpfg.bis z.Höchstbetrage von 9.-RM,
- 2.für eine Familie mit 2 Personen u.f.d.Tag 50 Rpfg." " von 15.-RM,
- 3." " " 3 " " " 60 Rpfg." " von 18.-RM,
- 4." " " 4 oder mehr Personen und für den Tag .70 Rpfg." " von 21.-RM.

Mitglieder des Kneippbundes erhalten auf diese Sätze 20 % Nachlaß. - Personen, die die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzen, haben den doppelten Betrag dieser Sätze zu entrichten.

Für den Tag der Ankunft mit der ersten Uebernachtung wird die Abgabe nicht erhoben.

Zur Familie zählen nur Ehegatten und solche Kinder, die wirtschaftlich ganz von den Eltern abhängig sind.

§ 2.

Befreit von der Entrichtung der Kurabgabe sind:

1. Aerzte und Zahnärzte, sowie deren Familienangehörige,
2. Kinder unter 10 Jahren,
3. Verwandte von Ortsangehörigen, sofern sie von diesen Wohnung und Beköstigung unentgeltlich erhalten,
4. Dienstboten der Fremden, nichtaber Hausbeamte, Hauslehrer, Reisebegleiter und Personen in ähnlich gehobenen Stellungen,
5. Kranke, die auf Kosten einer Krankenkasse, Berufsgenossenschaft oder Versicherungsanstalt hier Erholung suchen und dies durch Bescheinigung nachweisen,
6. Unbemittelte beim Nachweise der Dürftigkeit nach Entscheidung des Stadtratsvorstandes.

In Zweifelsfällen wird die Entscheidung dem Stadtratsvorstande überlassen.

§ 3.

Die Einhebung der Kurabgabe erfolgt durch den Stadtrat nach dessen näheren Anweisung.

§ 4.

Die Einnahmen aus der Kurabgabe werden für Unterhaltung, Erweiterung

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibits	Referent	Gegenstand

und Verbesserung der Anlagen und Fußsteige und der Badeanstalten verwendet; ein Teil der Einnahmen wird dem Kur- und Kneippverein für sonstige den Kurgästen dienende Einrichtungen und Veranstaltungen nach näherer Vereinbarung überwiesen.

§ 5.

Die Bezahlung hat spätestens am Tage vor der Abreise an die Wohnungsgeber zu erfolgen, welche die Kurabgabe am darauffolgenden Werktag an den Stadtrat oder die von ihm bezeichnete Stelle abzuliefern haben.- Die nähere Regelung ist in den ortspolizeilichen Vorschriften enthalten.

§ 6.

Der Wohnungsgeber haftet für den Entgang der Kurabgabe, der durch Nichterfüllung der in den ortspolizeilichen Vorschriften enthaltenen Verpflichtungen entsteht und kann bei unterlassener, unrichtiger oder verspäteter Abmeldung zur Bezahlung der bis zum Tage der tatsächlichen Abmeldung des Fremden sich berechnenden Kurabgabe angehalten werden.

§ 7.

Vorstehende Satzung tritt sofort nach Veröffentlichung in Wirksamkeit.

Neuburg a.d.Donau, den 11.Mai 1931.

Stadtrat:
gez.Mayer.

B e s c h l u ß .

Der Stadtrat Neuburg a.d.Donau beschliesst bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 14 erschienen waren, mit allen Stimmen den vorstehenden Satzungsentwurf über die Erhebung einer Kurabgabe dahier zu genehmigen.

Neuburg a.d.Donau, den 11.Mai 1931.

Stadtrat:
gez. Mayer.

Nr.	Gegenstand.	Beschluß

Sitzungsprotokoll
vom 13. April 1931.

Begl.Abschrift.

Ortspolizeiliche Vorschriften zur Sicherung der Erhebung der Kurabgabe.

Der Stadtrat Neuburg a.d.Donau erlässt durch Stadtratsbeschluß vom 11.Mai 1931 auf Grund Art.44/II GO. und auf Grund der Verordnung vom 6.II. 1924 über Vermögensstrafen und Bußen (RGBl.I Seite 44) zur Sicherung und Kontrolle der örtlichen Kurabgabe folgende, mit Regierungs-Entschliessung vom 1931 Nr. für vollziehbar erklärten

Ortspolizeilichen Vorschriften:

§ 1.

Jeder zur Zahlung einer Kurabgabe verpflichtete Fremde hat die auf ihn und seine Familienangehörigen entfallende Kurabgabe spätestens am Tage vor seiner Abreise an seinen Wohnungsgeber abzuliefern. Der Wohnungsgeber hat die Kurabgabe vom Fremden anzufordern und einzuheben und spätestens am darauffolgenden Werktag bei der Stadthauptkasse gegen Quittung einzuzahlen.

§ 2.

Zur An- und Abmeldung der Fremden sind die vom Stadtrat vorgeschriebenen Formulare zu verwenden.

Das Anmeldeformular ist von dem Fremden selbst sofort nach seiner Ankunft genauestens auszufüllen und ihm zu diesem Zwecke vom Wohnungsgeber vorzulegen.

Die Ausfüllung des Abmeldeformulars ist vom Vermieter zu betätigen.

§ 3.

Den mit der Kontrolle und der Erhebung der Kurabgabe betrauten Beamten, sowie den Polizeiorganen muß das Fremdenbuch jederzeit zur Einsichtnahme vorgelegt und von Kurgästen und Wohnungsgebern jede bezüglich der Einträge erwünschte Auskunft sofort erteilt werden. - Auch haben die Wohnungsgeber in allen der Fremdenbeherbergung dienenden Wohnungen Abdruck gegenwärtiger Vorschriften und der Satzungen über die Erhebung der Kurabgabe in hinreichender Zahl an deutlich sichtbaren Stellen auszuhängen.

§ 4.

Hinterziehung der Abgabe wird mit Geld bis zum zehnfachen, im Rückfalle bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe, andere Zuwiderhandlungen gegen die Steuersatzung werden mit Geld bis zu 500.- RM bestraft oder mit Ordnungsstrafen bis zu 150.- RM geahndet.

Die erkannten Geldstrafen fließen in die Stadtkasse.

./.

Nr. des Vortrags	Nr. des Exhibits	Referent	Gegenstand

und Verbesserung der Anlagen. ...
§ 5.
Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neuburg a.d.Donau, den 11. Mai 1931.
Stadtrat:
gez. Mayer.

Beschlüsse

Der Stadtrat Neuburg a.d.Donau beschliesst bei 19 stimm-
berechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 14
erschienen sind, mit allen Stimmen den vorstehenden Entwurf der
ortspolizeilichen Vorschriften zur Sicherung der Erhebung der Kurabgabe
in Neuburg a.d.Donau zu genehmigen.

Neuburg a.d.Donau, den 11. Mai 1931.
Stadtrat:
gez. Mayer.

Hinterlegung der Abgabe wird mit Geld bis zum nächsten, im
Falle die zwangsweise Beträge der hinterlegten Abgabe, andere
Zuwendungen gegen die Steuerzahlung werden mit Geld bis zu 500.- RM
bestraft oder mit Ordnungsgeld bis zu 150.- RM gestraft.
Die erkannten Geldstrafen fliessen in die Stadtkasse.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-	Sitzungsprotokoll vom 13. April 1931.	Das Sitzungsprotokoll vom 13. April 1931 wurde bekanntgegeben; Erinnerungen wurden hiegegen nicht erhoben. ----- In der Sitzung vom 11. Mai 1931 wurden bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 14 erschienen waren, mit allen Stimmen folgende <u>Beschlüsse</u> gefasst: <u>I. Oeffentliche Sitzung.</u>
1	Haushalt der Stadt Neuburg a.d.Donau für 1931/32.	Der Beschluss der Regierung von Schwaben und Neuburg, K.d.J., vom 13. IV. 31 Nr. VII 1770 wurde in der heutigen Stadtratssitzung bekanntgegeben.
2	Grundstückstausch mit dem Landwirt Josef Schabacker hier.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
3	Vollzug des Abmarkungsgesetzes; hier Anerkennung der Protokolle über Abmarkung gemeindlicher Grundstücke.	Dem Stadtratsvorstand bzw. dessen Vertreter werden gemäss Art. 17/I der Gde. Ordg. die mit der Vornahme von Abmarkungen verbundenen Amtshandlungen, insbesondere auch die Anerkennung der Abmarkungsprotokolle, zur selbständigen Erledigung übertragen.
3a	Satzung und ortspolizeiliche Vorschriften, betr. Kurabgabe.	S. beiliegende Beschlussabschriften. /.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
4	Grundstücktausch.	<p>1. Die städtische Strassenfläche aus Plan-Nr. 201 1/2 Steuergemeinde Neuburg a. Donau vor dem Anwesen B 16 hier mit rund 7 m Länge und 1.30 m Breite, sonach rund 9 qm, wird an den Kutscher Thaddäus H e r d r i c h hier im Tausche gegen eine nebenanliegende annähernd gleich grosse Gartenfläche aus Plan-Nr. 166 vor dem gleichen Anwesen ohne Aufzählung abgetreten.</p> <p>2. Von den Vermessungs-, Vermarkungs-, Verbriefungs- und Umschreibkosten zahlt die Stadtkasse die Hälfte.</p> <p>3. Zur notariellen Beurkundung wird der Herr Stadtratsvorsitzende bzw. sein Stellvertreter bevollmächtigt.</p>
5	Baugesuch C 18. - Moysche Güteradministration Stepperg. -	<p>Das Gesuch der Gräfl. von M o y 'schen Güteradministration in Stepperg über den Aufbau eines Dachstuhles auf das Wohn- und Gastwirtschaftsgebäude im Anwesen C 18 dahier (Gastwirtschaft zum Goldenen Schwan) wird unter Vorbehalt aller Rechte Dritter und der Stadtgemeinde baupolizeilich genehmigt mit der Auflage, dass die Herstellung des Dachstuhles plangemäss zu erfolgen hat.- Die einschlägigen baupolizeilichen Bestimmungen sind zu beachten.</p> <p>Baubeginns- und -Vollendungsanzeige sind rechtzeitig vorzulegen.</p>

Nr.	Gegenstand	Beschluss
6	Baugesuch S c h m i d Thomas, B 48.	<p>Das Gesuch des Gast- und Landwirtes Thomas S c h m i d dahier zum Wiederaufbau der abgebrannten Oekonomiegebäude in seinem Anwesen B 48 wird unter Vorbehalt aller Rechte Dritter und der Stadtgemeinde baupolizeilich genehmigt mit der Auflage, dass die Bauausführung plangemäss zu erfolgen hat unter Beachtung der Bestimmungen der allgemeinen Bauordnung.</p> <p>Die Fussböden in den Stallungen und im Schlachthaus sind wasserdicht herzustellen; ausserdem sind sämtliche Stallungen und das Schlachthaus zu entwässern.- Im Schlachthaus ist ein Fettfang einzurichten und sind die Wände auf 2 m Höhe mit hellem Oelfarbenanstrich zu versehen.</p> <p>Die Höhe des Schlachtraumes muss mindestens 3 m betragen.</p> <p>Hacken und Nägel zum Aufhängen von Fleisch sind zu verzinnen.</p> <p>Die Putztürchen für den Waschküchenkamin sind ausserhalb anzubringen.</p> <p>Baubeginns- und Vollendungsanzeige sind rechtzeitig vorzulegen.</p>
7	Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen im städt. Regiebaubetrieb.	<p>Stadtrat beschliesst einstimmig, Wohlfahrtserwerbslose im städtischen Regiebaubetrieb vorerst weiter zu beschäftigen.- Als Arbeiten hiefür werden bereitgestellt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regulierung der Rohrenfelderstrasse, 2. Regulierung der Ostermannstrasse, 3. Planieren der Anlagen der Luitpoldstrasse entlang,

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		4. Planieren der Fußwege im inneren Hofgarten. 5. Verlängerung des Wasserleitungsrohrstranges in der Gustav-Philippstrasse.
8	Errichtung einer Benzintankanlage im Anwesen D 288 und 288 1/2 in Neuburg a.D.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
9	Anträge des Kneippvereins.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
10	Donaufreibad am Brandl.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
11	Gebühren für die Benützung der Schwimmschule im Englischen Garten.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
12	Wirtschaftskomzession auf dem Anwesen B 120 in Neuburg.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
		----- <u>II. Geheime Sitzung.</u>
13	Weiderecht im Grünauerstadtwald.	Die Zuschrift des WAF. vom 12.3.31 wurde bekanntgegeben.- Der Vorsitzende erstattet ein eingehendes Referat über die Belastung des Stadtwaldes mit dem Weiderecht des WAF. Nach eingehender Aussprache beschließt der Stadtrat mit allen Stimmen die Bereitwilligkeit zur Ablösung des Weiderechts zu annehmbaren Bedingungen grundsätzlich zu

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		Abschrift.
		<u>B e s c h l u s s .</u>
	<u>Betreff:</u> Errichtung einer Benzintankanlage im Anwesen D 288 und 288 1/2 in Neuburg a.d.Donau.	
	I. Der Firma Franz H o f f m a n n & Söhne, Kreidefabrik in Neuburg a.d.Donau, wird in jederzeit widerruflicher Weise die polizeiliche Genehmigung zur Errichtung einer Benzintankanlage in ihrem Anwesen D 288 und 288 1/2 an der Münchnerstrasse daselbst unter nachstehenden Bedingungen erteilt:	
	1. Die Ausführung hat nach der vorgesehenen Bauart des Schwelmer Eisenwerkes, Type S.E.25 a 2 P mit zwei je 2500 Litfassenden Lagerbehältern nach Massgabe der vorgelegten Pläne zu erfolgen. Die besonderen Bedingungen der Verordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten vom 6.12. 1930 (Ges. und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern Nr.36 vom 12.12.30) sind genauest einzuhalten.	
	2. Die wesentlichen Punkte für die Aufstellung in sicherheitstechnischer Hinsicht sind aus dem vom Bayer. Revisionsverein in München an die Mineralölfirmen hinausgegebenen Merkblatt zu entnehmen.	
	3. Die Anlage darf nach Fertigstellung erst dann in Betrieb genommen werden, wenn durch einen unabhängigen Sachverständigen (Bayer. Revisionsverein München) auf Grund einer Abnahmeprüfung ordnungsgemässe Herstellung derselben bestätigt und diese Bestätigung dem Stadtrat vorgelegt ist.	
		Etwa später noch notwendig werdende Auflagen bleiben vorbehalten.
	4. Gleichzeitig wird bei Einhaltung der vorbezeichneten Anordnungen in widerruflicher Weise Nachsicht von den Bestimmungen in §§ 30, 34 der Verordnung vom 9.Juni 1902, betr. leichtentzündliche Stoffe (GVBl.S.211 ff.) gewährt. -	./.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
	<p>II. Für gegenwärtigen Beschluss kommt eine Gebühr von 30.-- RM und ein Zuschlag von 6.-- RM in Ansatz.</p> <p>Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.</p> <p>Stadtrat:</p> <p>gez. Mayer.</p>	<p>Abschrift.</p> <p>4. Planieren der Fußwege im Hofgarten</p>

Nr.	Gegenstand	Beschluss
	<p>Abschrift.</p> <p>Betreff: Anträge des Kneippvereins.</p> <p>Beschluss.</p> <p>Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen ordnungsgemäss geladenen Sitzung bei 14 stimmberechtigten Stadtratsmitgliedern einstimmig:</p> <p>Die Anträge des Kneippvereins vom 24. 4. 1931 wurden bekanntgegeben.</p> <p>1. Mit Stadtratsbeschluss vom 6.8.1930 wurde der Kneippheim-Genossenschaft ein Hypothekendarlehen aus der Sparkasse von 10 000.-- RM bewilligt; der Stadtrat hat sich bereit erklärt den Unterschiedsbetrag zwischen dem Normalzinsfuß der Sparkasse und einem Zinssatz von 5 % auf die Stadtkasse zu übernehmen.</p> <p>Die Genossenschaft beantragt nun ausser diesem Differenzbetrag auch noch den sie treffenden Zinsbetrag für die Zeit vom 1.11.1930 bis 1.4. 1931 auf die Stadtkasse zu übernehmen.</p> <p>Da die Genossenschaft im Verfallmonate April ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, muß nach den Sparkassebestimmungen ein höherer Zinsbetrag, nämlich $10 \frac{3}{4} \% = 447,95$ RM Zinsen bezahlt werden.</p> <p>Der Stadtrat beschließt diesen Betrag für die Genossenschaft ausnahmsweise auf die Stadtkasse zu übernehmen und an die Sparkasse abzuführen.</p> <p>Dem weiter gestellten Antrage auch die für 1931 und 1932 anfallende Zinsen in vollem Umfange in gleicher Weise auf die Stadtkasse zu übernehmen, kann nicht stattgegeben werden schon deshalb, weil im Etat hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen.- Es hat also bezüglich der künftigen Zinszahlung bei der Regelung vom 6.8.1930 sein Bewenden.</p> <p>II. Bezüglich des weiteren Gesuches der Genossenschaft um vollständigen Erlass der Wasserzinsen beschliesst der Stadtrat auf der mit Beschluss vom 13.4.1931 getroffenen Regelung bestehen zu bleiben, wonach der Wasserzins für das Stadtbad und Kneippheim für die Kalenderjahre 1930/31 bis zum Betrage von je 1000.-- RM erlassen wird, so dass also der diese Summe jeweils übersteigende Betrag von der Genossenschaft zu bezahlen ist.</p> <p>III. Was die Anregungen bezüglich der Verkehrsverbesserungen betrifft, so ist seither sowohl vom Stadtrat, sowie vom Industrie- und Handelsgremium nichts unterlassen worden, um immer wieder solche Verbesserungen zu erreichen und wird dies auch künftig selbstverständlich geschehen.</p>	<p>Abschrift.</p> <p>Die Reichsbahn hat aber sich seither auf den Standpunkt gestellt, dass alle Wünsche auf Abnahme der Kneippbahn auf Einlegung neuer Bahnen auf die Kneippbahn der Reichsbahn</p>

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

Die Reichsbahn hat aber sich seither auf den Standpunkt gestellt, dass alle Wünsche auf Ausdehnung des Fahrplanes, insbesondere auf Einlegung neuer Züge mit Rücksicht auf die Finanzlage der Reichsbahn zurückgestellt werden müssen.

IV. Bezüglich der Instandhaltung der Anlagen im Englischen Garten und auf der Hohen Schanze wird das weitere veranlasst werden.

V. Hinsichtlich der Heimgärten am Graben ist der Stadtrat keineswegs der Anschauung, dass sie das Stadtbild verunzieren.

VI. Mit der Anbringung eines Fußgängersteiges an der Donauwörtherstrasse hat sich der Stadtrat bereits befasst, die Durchführung scheitert aber an der Kostenfrage.

Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.

Stadtrat:

gez. Mayer.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

Abschrift.

Betreff: Donaufreibad am Brandl.

Abschrift.

Beschluss.

Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen, ordnungsgemäss geladenen Sitzung bei 14 anwesenden Stadtratsmitgliedern einstimmig:

Die beiden Abteilungen des Donaufreibades am Brandl werden für die Badezeit 1931 an den Bäckermeister Nikolaus Feistle dahier unter nachstehenden Bedingungen in stets widerruflicher Weise verpachtet:

1. Der Pachtpreis für die Badezeit beträgt 1000.- RM - eintausend RM - und ist in 4 Raten von je 250.- RM je am 1. Juli, 1. August, 1. Septbr. und 1. Oktober 1931 bei der Stadthauptkasse einzuzahlen.

Sollten die Einnahmen der Schwimmschule im Englischen Garten pro 1931 wegen Witterungsungunst ~~pro 1931~~ nicht die gleiche Höhe wie im Jahre 1930 erreichen, so wird der Betrag von 1000.- RM um den entsprechenden Prozentsatz gekürzt.

2. Nikolaus Feistle ist berechtigt, von den Badegästen für die Benützung der Kabinen die Gebühren nach der Badeordnung zu erheben und zwar:

20 R. Pfg. von Erwachsenen und

10 R.-Pfg. von Kindern unter 14 Jahren, welche sich in Begleitung von Angehörigen befinden.

3. Bademeister für die Männerabteilung ist der Pächter selbst; für die Frauenabteilung hat Feistle für Anstellung einer geeigneten Bademeisterin zu sorgen.

4. Der Bademeister und die Bademeisterin müssen während der ganzen Badezeit bei ihren Abteilungen anwesend sein und haben strenge darauf zu achten, dass die Badeordnung genauestens eingehalten wird.

4. Die Badekabinen müssen stets in reinlichem Zustande sein.

./.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		<p>5. Pächter ist verpflichtet, in beiden Abteilungen die nötigen Badehosen oder Badeanzüge mit Handtüchern und Seife für die Badegäste bereitzuhalten.</p> <p>6. Wenn das Bad zur Benützung geöffnet ist, ist auf den in der Badeordnung bezeichneten Stellen die Badefahne aufzustecken. - Sie darf aber nur aufgesteckt werden, wenn der Bademeister oder ein erwachsener Bevollmächtigter auf dem Badeplatze anwesend ist.</p> <p>7. Dem Pächter wird ein Rettungskahn mit zwei Rudern zur Verfügung gestellt. - Der Kahn muss bei Nacht mit einem Schlosse gut angeschlossen sein. - Der Pächter ist der Stadtgemeinde für den Kahn und die Ruder haftbar.</p> <p>Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.</p> <p>Stadtrat: gez. Mayer.</p>

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		<p>Abschrift.</p> <p>Betreff: Gebühren für die Benützung der Schwimmschule im Englischen Garten pro 1931.</p> <p>Betreff: Wirtschaftskonzession auf dem Anwesen B 120 in Neuburg a. Donau.</p> <p><u>B e s c h l u s s .</u></p> <p>Für die Benützung der Badeanstalt im Englischen Garten werden für 1931 folgende G e b ü h r e n festgesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für ein Kabinenbad, ein Bad im Schwimmbassin oder ein Luft- und Sonnenbad mit Einzelumkleidekabine von Erwachsenen je RM 0,20, Dutzendkarten RM 2.00; 2. für die genannten Bäder von Kindern unter 14 Jahren je RM 0,10, unter Benützung einer Einzelumkleidekabine RM 0,15; 3. von der Anstaltsleitung des Studienseminars, des Schülerheims und des Englischen Instituts pro Zögling und Bad RM 0,10; 4. für Erteilung des Schwimmunterrichtes: <ul style="list-style-type: none"> von Erwachsenen RM 10.- von Kindern RM 5.- <p>Für die Benützung der Einzelumkleidekabine wird die regelmässige Höchstdauer von einer Stunde festgesetzt. - Sollten die Badegäste diese Kabine längere Zeit benützen wollen, so kann von diesen bei grossem Andrang für jede angefangene Stunde eine Gebühr von weiteren RM 0.20 erhoben werden.</p> <p>Die gesamten anfallenden Gebühren für das Jahr 1931 sind an die Stadtkasse abzuliefern.</p> <p>Die Gebühren für den Schwimmunterricht werden dem Bademeister in vollem Umfange belassen.</p> <p>Bademeister M ü l l e r erhält für die Badezeit den gleichen Wochenlohn aus der Stadtkasse weiter bezahlt, welchen er für seine Beschäftigung als Hilfsforstaufseher zur Zeit bezieht. - Die Festsetzung einer besonderen Entschädigung für die Dienste als Bademeister kommt in Wegfall.</p> <p>Der Bademeister hat strenge darauf zu achten, dass die für die Badeanstalt erlassenen Bestimmungen und Vorschriften von den Badegästen genau eingehalten werden.</p> <p>Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.</p> <p>Stadtrat: gez. Mayer.</p>

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

Abschrift.

Betreff: Gebühren für die Benutzung der Schwimmschule im Englischen Garten pro 1931.

5. Pächter ist verpflichtet, in beiden Abteilungen, in denen sich ein Kabinenbad befindet, ein Kabinenbad oder ein Kabinenbad mit Kabinenbad zu errichten und zu betreiben.

Für die Benutzung der Schwimmschule im Englischen Garten werden für folgende Gebühren festgesetzt:

1. Für ein Kabinenbad, ein Bad in Schwimmbad oder ein Kabinenbad mit Kabinenbad von Erwachsenen pro 15 Minuten RM 0.30.

2. Für ein Kabinenbad, ein Bad in Schwimmbad oder ein Kabinenbad mit Kabinenbad von Kindern unter 14 Jahren je RM 0.10.

3. Für die Benutzung einer Kabinenbadkabine von Erwachsenen pro 15 Minuten RM 0.15.

4. Für die Benutzung einer Kabinenbadkabine von Kindern unter 14 Jahren je RM 0.10.

5. Für die Benutzung der Schwimmschule pro Kabinenbad und Bad RM 0.10.

6. Für die Benutzung der Schwimmschule pro Kabinenbad und Bad von Erwachsenen RM 10.-.

7. Für die Benutzung der Schwimmschule pro Kabinenbad und Bad von Kindern RM 5.-.

Für die Benutzung der Kabinenbadkabine wird die regelmäßige Höchstzahl von einer Stunde festgesetzt. Sollten die Badgäste diese Kabine längere Zeit benutzen wollen, so kann von diesen bei grosser Anzahl für jede angelegene Stunde eine Gebühr von weiteren RM 0.20 erhoben werden.

Die gesamten anfallenden Gebühren für das Jahr 1931 sind an die Stadtkasse zu zahlen.

Die Gebühren für den Schwimmunterricht werden dem Bademeister in voller Höhe belastet.

Bademeister M. J. J. erhält für die Badzeit den gleichen Wochenlohn aus der Stadtkasse weiter bezahlt, während er für seine Beschäftigung als Hilfspächter zur Zeit besteht. Die Festsetzung einer besonderen Entschädigung für die Dienste als Bademeister kommt in Betracht.

Der Bademeister hat strenge darauf zu achten, dass die für die Benutzung der Schwimmschule erlassenen Bestimmungen und Vorschriften von den Badgästen genau eingehalten werden.

Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.

Stadtrat:
gez. Mayer.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

Abschrift.

Betreff: Wirtschaftskonzession auf dem Anwesen B 120 in Neuburg a. Donau.

B e s c h l u s s .

Der Stadtratsvorsitzende wird ermächtigt

Dem Metzger Herrn Georg M a y e r von Hesselohe, Gemeinde Ried, Bez. Amts Neuburg a.d. Donau, Pächter der Gastwirtschaft „zur Eisenbahn“ Lit. B Hs. Nr. 120 in Neuburg a.d. Donau, wird gemäß § 1 Abs. I des Gaststättengesetzes vom 28. IV. 1930 die Erlaubnis zur Ausübung der auf diesem Anwesen ruhenden radizierten Traiterie-Wirtschaftsgerechtsame mit der Befugnis zur Abgabe von geistigen und nichtgeistigen Getränken aller Art sowie von kalten und warmen Speisen erteilt, nachdem gegen ihn Versagungsgründe nach § 2 des GG. nicht vorliegen.

Die Erlaubnis erstreckt sich auf das südlich gelegene Gastzimmer, die westlich gelegene Küche und den südlich gelegenen Garten.

Die rechtliche Wirksamkeit der Konzession wird davon abhängig gemacht, dass die in dem amtstechnischen Gutachten vom 22. April 1931 unter Punkt 1 mit 3 aufgeführten Mißstände bis spätestens 1. Juni 1931 sachgemäss behoben werden.

Die besondere Abgabe zur Staatskasse nach Tarif 19/V des Stempelgesetzes wird aus einem erzielbaren Jahrespachtertrage von 1000.- RM auf 30.- RM und 6.- RM Zuschlag festgesetzt.

Für gegenwärtigen Beschluss kommt eine Gebühr von 15 RM und 3 RM Zuschlag in Ansatz.

Neuburg a.d. Donau, den 11. Mai 1931.

Stadtrat:
gez. Mayer.

15. Veräußerung des Anwesens C 28 2/5

Das im Zwangsversteigerungsverfahren von der Stadtparkasse erworbene Anwesen C 28 2/5 dahier soll veräußert werden; diesbezügliches Ausschreiben ist zu erlassen.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

Beschluss

Betreff: Wirtschaftskonzession auf dem Anwesen B 120 in Neuburg a. Donau.

Dem Metzger Herrn Georg Mayer von Hesselhof, Gemeinde Ried, Bez. Amts Neuburg a. d. Donau, Pächter der Gastwirtschaft „zur Kienbahn“ Lit. B. Hs. Nr. 120 in Neuburg a. d. Donau, wird gemäß § 1 Abs. 1 des Gaststättengesetzes vom 28. IV. 1930 die Erlaubnis zur Anbahnung der auf diesem Anwesen ruhenden realisierten Traitorie-Wirtschaftsgerechtsame mit der Befugnis zur Abgabe von getragenen und nichtgetragenen Getränken aller Art sowie von kalten und warmen Speisen erteilt, nachdem gegen ihn Ver-
sagungsgründe nach § 2 des GG. nicht vorliegen.

Die Erlaubnis erstreckt sich auf das südlich gelegene Gastzimmer, die westlich gelegene Küche und den südlich gelegenen Garten.

Die rechtliche Wirksamkeit der Konzession wird davon abhängig gemacht, dass die in dem amtlichen Gutachten vom 22. April 1931 unter Punkt I mit 3 aufgeführten Mängel bis spätestens 1. Juni 1931 nachgemäss behoben werden.

Die besondere Abgabe zur Staatskasse nach Tarif 19/V des Stempelgesetzes wird aus einem erzielbaren Jahrespachttrage von 1000.- RM auf 30.- RM und 6.- RM Zuschlag festgesetzt.

Für gegenwärtigen Beschluss kommt eine Gebühr von 15 RM und 3 RM Zuschlag in Ansatz.

Neuburg a. d. Donau, den 11. Mai 1931.
Stadtrat:
gez. Mayer.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
-----	------------	-----------

- erklären und in unverbindliche Verhandlungen hierüber mit der Generaldirektion des WAF. einzutreten, falls diese mit einem diesbezüglichen Verlangen an die Stadt herantritt.
- Der Stadtratsvorsitzende wird ermächtigt weitere Verhandlungen über die Ablösung des Weiderechts mit dem WAF. zu führen; der Stadtrat wird alsdann nach Abschluß dieser unverbindlichen Verhandlungen endgültig Stellung nehmen.
- 14 Erwerb des Burg-
hartenwesens C 28^{2/5}
hier.
- Mit rechtskräftigem Beschlusse des Notariates Neuburg a. d. Donau vom 5. Dezbr. 1930 H 89/30 wurde das Anwesen C 28^{2/5} der Arbeitserseheleute Johann und Therese Burghart im Zwangsversteigerungsverfahren der Stadtgemeinde - Stadtparkasse - Neuburg a. d. Donau zugeschlagen.
- Die Stadtgemeinde - Stadtparkasse - Neuburg a. d. Donau übernimmt hiemit die sämtlichen Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrage über die Gewährung des staatlichen Baudarlehens vom 8. Juli 1929 - G. R. Nr. 1862 - als dingliche und persönliche Schuldnerin und lässt diese Verpflichtung notariell beurkunden.
- 15 Veräußerung des
Anwesens C 28^{2/5}
- Das im Zwangsversteigerungsverfahren von der Stadtparkasse erworbene Anwesen C 28^{2/5} dahier soll veräußert werden; diesbezügliches Ausschreiben ist zu erlassen.

Nr.	Gegenstand	Beschluss
16	Ruhestandsversetzung des Polizei-Oberkommissärs Mündler.	S. beiliegende Beschlussabschrift.
17	Gehaltseinreihung des Gewerbeoberlehrers Schumann.	<p>Herr Gewerbeoberlehrer S c h u m a n n hat am 21. März 1931 an den Stadtrat Neuburg a.d.Donau die Bitte gerichtet, ihn vom 1.Juni 1930 an in die Gruppe 3 a der staatl. Besoldungsordnung einzureihen und ihm die Unwiderruflichkeit zu verleihen.</p> <p>Der Stadtrat hat dem Gewerbeoberlehrer S c h u m a n n mit Beschluss vom 23. April 1928 die Einreihung in Gruppe 3 a bei zufriedenstellender Dienstleistung nach zehnjähriger Dienstzeit an der hiesigen Knabenberufsschule, das ist also mit 1.Juni 1932, in Aussicht gestellt.</p> <p>Der Stadtrat beschließt die Bitte des Herrn Oberlehrers S c h u m a n n bis zur Ableistung einer zehnjährigen Dienstzeit beim Stadtrat Neuburg a.d.Donau zurückzustellen, dagegen wird ihm instets widerruflicher Weise eine Schulleiterzulage von 400.- RM pro Jahr mit Beginn des Schuljahres 1931/32 an gewährt, wenn und solange Herr Oberlehrer Schumann 4 Wochenstunden der bisherigen Nebenlehrer übernimmt und so ein Nebenlehrer eingespart wird.</p>
18	Unwiderrufliche Anstellung des Gewerbeoberlehrers S c h u m a n n.	Dem Gewerbeoberlehrer S c h u m a n n wird hiermit auf Ansuchen mit sofortiger Wirksamkeit unwiderrufliche Anstellung nach

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		Abschrift.
	Betreff: Ruhestandsversetzung des Herrn Polizei-Oberkommissärs Georg M ü n d l e r in Neuburg a. d. Donau.	
		B e s c h l u ß.
		Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen ordnungsgemäss geladenen Sitzung bei 14 anwesenden Stadtratsmitgliedern einstimmig:
		I.
		<p>Der vollbeschäftigte, berufsmässige und unwiderrufliche Gemeindebeamte Herr Polizei-Oberkommissär Georg M ü n d l e r, geboren am 6.Oktbr.1869 zu Neuburg a.d.Donau, wird gemäss Art.III Ziff.4 des Polizei-Beamten-Ges. vom 12.4.1928 und der Vollzugsbekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 12.4.1928 Ziff.VII - Ges.u.V.Bl.S.198 - vom 1.August 1931 ab in den dauernden Ruhestand versetzt. - Die Verwendung des M ü n d l e r auf irgend einer geeigneten Stelle des inneren Dienstes ist nicht möglich, da eine solche Stelle nicht vorhanden ist.</p>
		A. Berechnung der Dienstzeit:
		1.4.1891 bis 2.9.1893 Gendarmerieschule und Schutzmannschaft
		Augsburg = 2 Jahre 5 Mt.2 Tage,
		anerkannt mit Magistrats- und
		Kollegiumsbeschluss vom 7/20.11.16;
		3.9.1893 bis 31.7.1931 vollbeschäftigter, berufsmässiger
		Gemeindebeamter beim Stadtrat
		Neuburg a.d.Donau = 37 Jahre, 10 Mt. 28 Tg;
		1.8.1914 bis 31.12.1918 Beamtendienstzeit während des
		Krieges zu 1/2 gerechnet = 2 " 2 Mt.15 Tg
		Sa. 42 Jahre 6 Mt.15 Tg
		somit 80 Pensionsprozente.
		B. Berechnung des Ruhegehaltes:
		Auf Grund Beschlusses des Stadtrates vom 2. Juli 1928 seit

Nr.	Gegenstand	Beschluss
16	Ruhestandsversetzung 1. Oktober 1927 bezogener Grundgehalt der Stufe 9 der Besoldungsgruppe 5 a = 4 200.- RM, Wohnungsgeld nach Ortsklasse B = 792.- RM Sa. des pensionsberechtigten Einkommens: 4 992.- RM Erdienter Ruhegehalt 4 992 RM x 80 % = 3 993,60 RM, aufgerundet jährlich = 3 996.- RM, monatlich = 333.- RM und nach Abzug von 6 % gemäss der Gehaltskürzungsverordnung monatlich = 313,02 RM.	
	II. Die einmalige Abfindung gemäss Art.I Ziff.4 Abs.II des Pol.Beamten-Ges. und der Ausführungsvorschrift zum Pol.Beamten-Ges. vom 11.VI. 1930 (GVBl.S.161) in Höhe von $\frac{4}{10}$ des Dienst Einkommens von 4 992.- RM = 1 996,80 RM wird unter der Bedingung und insoweit zur Wird zur Auszahlung genehmigt, als der Versorgungsverband Wird zur Shievon $\frac{9}{10}$ ersetzt.	
	III. Dem Herrn Oberkommissär M u n d l e r wird für seine langjährigen, mit Treue und Eifer geleisteten Dienste die Anerkennung des Stadtrates ausgesprochen. Neuburg a.d.Donau, den 11. Mai 1931. Stadtrat: gez. Mayer.	

Nr.	Gegenstand	Beschluss
		<p>Massgabe des Art.88, Abs.V der Gemeinde-Ordnung gewährt.</p> <p>Stadtrat Neuburg a.d. Donau</p> <p><i>[Signature]</i></p> <p><i>[Signature]</i></p>